

Stundenausfall: CDU will 1000 neue Lehrer

Unterrichtsstatistik des Ministeriums als "schöngerechnet" kritisiert - SPD-Regierung widerspricht

RHEINLAND-PFALZ. An den Schulen im Land fällt deutlich mehr Unterricht aus, als die Landesregierung zugibt: Das kritisiert die CDU-Opposition anhand von Zahlen des Bildungsministeriums für das Schuljahr 2008/2009, die sie aber anders liest. Sie fordert 800 zusätzliche Lehrkräfte sowie 200 weitere "Feuerwehrlehrer", die bei Engpässen an Grundschulen einspringen.

"In Rheinland-Pfalz herrscht je nach Schulart ein Unterrichtsausfall von 5 bis 7 Prozent und nicht wie von der Landesregierung schöngerechnet, von 1 bis 3,7 Prozent", sagt die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes. "Gerade Kinder, deren Eltern nicht so viel auffangen können, leiden besonders unter dem nicht erteilten Unterricht", sagt Dickes.

Vertretungsstunden, in denen ein Lehrer zwei Klassen gleichzeitig betreut oder Schüler ohne Aufsicht selbstständig arbeiten sollen, sind für Dickes "keine erteilten Stunden". Sie stützt sich auf die Antwort des Bildungsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der CDU. Das Ministerium kommt bei den Grund- und Hauptschulen auf einen durchschnittlichen Ausfall von 1,2 Prozent, die CDU jedoch auf 6,3 Prozent - weil in diesen Schularten viele Ausfallstunden durch Umorganisation oder selbstbestimmtes Lernen aufgefangen werden. An den Förderschulen fallen nach CDU-Lesart nicht 1,3 Prozent, sondern 6,9 Prozent der Stunden aus, an den Regionalen Schulen und Realschulen klafft die Differenz zwischen 1,3 und 6,8 Prozent.

Einige Schulen haben auch nach Ministeriumszahlen überdurchschnittliche Ausfallquoten. Dazu gehören die Kaiser-Wilhelm-Hauptschule in Lahnstein (7,87 Prozent), die Kaiserpfalz-Realschule Ingelheim (6,99 Prozent), die Brüder-Grimm-Förderschule in Neuwied (31,65 Prozent) oder das Gutenberg-Gymnasium in Mainz (6,75 Prozent). Hinzu kommen Dickes zufolge die Stunden, die wegen Lehrermangels gar nicht in den Stundenplan eingearbeitet werden - der sogenannte strukturelle Ausfall. Beides zusammen bewirke, dass ein Abiturient nach 12,5 Schuljahren ein ganzes Jahr Unterricht nicht erhalten hat.

Bildungs-Staatssekretärin Vera Reiß weist den Vorwurf der Verschleierung zurück: Mit mehreren Abfragen und Statistiken zur Unterrichtsversorgung jedes Jahr werde "die tatsächliche Situation so differenziert dargelegt wie kaum in einem anderen Bundesland". In den vergangenen zehn Jahren wurde die Zahl der Lehrkräfte um fast 5000 aufgestockt, während die Schülerzahl um fast 20 000 sank. **Claudia Renner.**

Die parlamentarische CDU-Anfrage zum Unterrichtsausfall und die Antwort des Bildungsministeriums finden Sie auf www.rhein-zeitung.de